

Station vor dem Bundesfinanzministerium: Treuhandanstalt (THA)

Dieses Bauwerk diente ab 1935 als Reichsluftfahrtministerium unter Göring und nach dem Krieg als Sitz mehrerer DDR-Ministerien. 1990 zog in dieses Haus die Zentrale der Treuhandanstalt ein. Die Idee einer THA-Gründung stammt noch von der Modrow-Regierung (1990), doch bestanden damals andere Zielsetzungen: Unter anderem sollte das ehemalige Volksvermögen über klein gestückelte Anteilsscheine der Bevölkerung übertragen werden.

Mit der Übernahme der Regie über die THA durch das Bundesfinanzministerium am 1.7.1990 wurde dieses Konzept völlig umgestoßen und quasi „auf den Kopf gestellt“. Die THA wurde als zentralistische Holding errichtet, die zu 100% in Bundesbesitz war und den politischen Vorgaben des Finanzminister Theo Waigel sowie des Kanzlers Helmut Kohl folgte. Jegliche Mitsprache von Betriebsräten, Gewerkschaften oder Kommunen wurde ausgeschlossen.

Geleitet wurde die Anstalt – nach einem kurzen Vorspiel – vom Präsidenten Karsten Rohwedder, später von seiner Nachfolgerin Birgit Breuel sowie von einem starken Verwaltungsrat, dem übrigens auch Horst Köhler (späterer Bundespräsident) angehörte, der zusammen mit Thilo Sarrazin den Vollzug der Währungsunion organisierte und dadurch erheblichen Einfluss auf die THA-Arbeitspraxis hatte.

Die Führungsriege der THA setzt klare Richtlinien: **schnellstmögliche Umwandlung des Staatssozialismus und Eingliederung der DDR-Wirtschaft in das Marktmodell der Bundesrepublik**. Theo Waigel wurde die zynische Losung einer US-amerikanischen TV-Serie zugeschrieben: „Kobra übernehmen Sie“!

Das offizielle Arbeitsmotto der Leitung lautete kurz:

„Schnell privatisieren, entschlossen sanieren und behutsam stilllegen“!¹ Der erste Schritt wurde dann konsequent vollzogen, die beiden anderen Vorgaben weitgehend missachtet.

Die praktische Hauptaufgabe der THA in den Jahren 1990-94 bestand darin, 14000 Einzelgesellschaften, gegliedert in 45000 Betriebsstätten, zu privatisieren bzw. zu rekommunalisieren. Die Übergabe der Betriebsmasse, deren Wert anfänglich auf 600 bis 620 Mrd. DM geschätzt wurde², erfolgte in drei Formen: 1. durch Verkauf an Privatunternehmen, 2. durch Management-Buy-out und 3. durch Rekommunalisierung.

Der Gesamtverlauf der Transaktionstätigkeit der THA kann als unkontrolliert und desaströs beschrieben werden. Zu Recht wurde dabei von einer „Sturzgeburt“ gesprochen.

Die schwerwiegendsten Vorwürfe gegenüber der THA waren diese:

1. An der Konzeption und Umsetzung des Übertragungsgeschäftes wurden einflussreiche Kanzleien und Wirtschaftsprüfergesellschaften³ beteiligt, die ihrerseits vor allem das Wohl

1 <http://de.wikipedia.org/wiki/Treuhandanstalt>

2 <http://www.sueddeutsche.de/politik/ddr-treuhand-anstalt-ausverkauf-der-republik-1.137266>

3 Hierzu gehörten Gesellschaften wie Price Waterhouse & Cooper, KPMG, McKinsey oder Roland Berger; vgl. Werner Rügemer: Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Von der Treuhand zu Public Private Partnership Münster: Westfälisches Dampfboot, 2008, S. 39f.

der privaten Käufer berücksichtigten und darüber hinaus hohe Kosten verursachten. So beliefen sich die Beraterhonorare zwischen 1991 und 1993 auf 450 Mio. im Jahr.⁴

2. Im eigenen Apparat der Anstalt wurden ebenfalls überhöhte Gehälter, Honorare und Prämien bezahlt: Einige leitende Angestellte verdienten bis zu 480.000 DM p.a. Sonderzahlungen (Boni) bewegten sich zwischen 40 und 88.000 DM.⁵

Verantwortliche Mitarbeiter wurden nicht ausreichend kontrolliert. So wurde häufig gegen geltende Regeln verstoßen – unter anderem wegen des ausgeübten Zeitdrucks. Beispielsweise wurden Betriebe verschleudert, ohne hinreichende Angebotsvergleiche vorzunehmen; Betriebsprüfungen (auf Kompetenz und Bonität) fanden nicht im verlangten Umfang statt.⁶

Abhängigkeiten von Großkonzernen wie der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, IBM, Kaufhof sowie von Hoesch wurden geduldet oder gewünscht (nicht zuletzt weil Rohwedder selbst zuvor beim Hoesch-Konzern beschäftigt war). Auch die Zusammenarbeit mit dem BDI sowie dem DIHT wurde gesucht.⁷

3. Am schwersten wogen jedoch zahlreiche Regelverstöße, Bestechungen, Vorteilsannahmen und mehr oder minder schwere Betrugsfälle. Dazu einige Beispiele aus der THA selbst: Vielfach wurden die realen **Ertragswerte** von Betrieben künstlich **heruntergerechnet**, was eine schnellere Abwicklung ermöglichte, aber auch den Kaufpreis erheblich verbilligte und damit den Bundeserlös schmälerte.

Angeblich **unverkäufliche Betriebsteile wurden abgetrennt und vernichtet**. Wertvolle Anteile wurden günstig verkauft, danach jedoch vom Erstkäufer mit Aufschlag weiterverkauft.

Ferner gab es **Vorzugsverkäufe aus Gefälligkeit** (Spezi-Preise); hinzukamen **Preisnachlässe gegen ungeprüfte Weiterbeschäftigungsgarantien**.

Weitere Straftaten gab es außerhalb der THA, jedoch auch (in einer Grauzone) mit indirekter Beteiligung der Anstalt, was einen Spötter zu der Bemerkung veranlasste: „**Die treuen Hände arbeiten offensichtlich mit langen Fingern**“. In den meisten Fällen handelt es sich um **Untreue, Parteienverrat, Bilanzfälschung, Korruption und Insidergeschäfte** (wie im Falle McKinseys, s.u.).

Aufsehen erregt z.B. die Abwicklung des Berliner Wärmeanlagenbaus (WBB), dessen vorgeblicher Kaufinteressent (Michael Rottmann) den Betrieb durch Manipulationen an einen zweiten Scheinkäufer verschacherte und anschließend für einen Spottpreis zurückkaufte, um danach den Betrieb systematisch auszuweiden. Mithilfe von Hintermännern entzog er der WBB 150 Mio. DM.⁸

Ein weiteres Berliner Beispiel liefert das ehemalige Marzahner Elektro-Kombinat (EAP), die spätere ELPRO-AG. Das Kombinat wurde zunächst per Insidergeschäft an Mitarbeiter von McKinsey verkauft, die einen Teil des Betriebsvermögens verschleuderten und sich wegen Untere verantworten mussten. Bei dem anschließenden Zweitverkauf durch die THA (unter Umgehung von Konkurrenzangeboten) waren wiederum McKinsey-Mitarbeiter involviert, die jetzt an der Unternehmensaufteilung mitwirkten. Im gesamten Transaktionszeitraum sank die Mitarbeiterzahl von ursprünglich 5000 auf zuletzt 350 im Jahr 1997 – symptomatisch für viele THA-Abwicklungen.

4 Werner Rügemer, a.a.O., S. 42.

5 Ebenda.

6 Dazu auch: <http://de.wikipedia.org/wiki/Treuhandanstalt>

7 Siehe W. Rügemer, a.a.O. S. 41, 43

8 <http://de.wikipedia.org/wiki/Treuhandanstalt>

„Gerettet“ wurde dieses stark verschlankte Unternehmen schließlich mit Lohnverzicht, 36 Mio. DM Bankbürgschaft von Seiten des Senats und weiteren Krediten über 26 Mio. DM. Offiziell wurden im Verlauf der THA-Abwicklungen 2160 kriminelle Handlungen festgestellt.⁹ Den finanziellen Schaden schätzte eine Untersuchungskommission des Bundestages auf 3 bis 10 Mrd. DM.¹⁰ Mit deren Verfolgung befasste sich unter anderem die Zentralstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV), die ihrerseits nur 690 Ermittlungsverfahren anstrebte.¹¹ Viele Verfahren gegen THA-Mitarbeiter wurden bemerkenswerterweise deshalb eingestellt, weil Minister Waigel einen Erlass verabschiedete, demzufolge Behördenangestellte bei leichter und selbst bei grober „Fahrlässigkeit“ von einer Strafverfolgung freigestellt werden konnten.¹²

Fazit:

Die gravierendste Folge der unbefriedigenden THA-Tätigkeit war eine generelle Depression, die durch Entlassungen und die soziale Entwertung von DDR-Bürgern eintrat. Die großen Versprechungen der Anfangszeit wurden auch nicht annähernd eingelöst. So sank die Zahl der Beschäftigten in der ehemaligen DDR von 1990-1994 von 4,1 Mio. auf nur noch 1,21 Mio.,¹³ was zudem hohe Arbeitslosenzahlungen seitens des Bundes nach sich zog.

Die angekündigten Sanierungen gab es nur in kleinem Umfang und auch nur dann, wenn dies profitabel erschien - wie beispielsweise bei Jenoptik, die mit 3,6 Mrd. DM saniert und subventioniert wurde.

Die weitaus meisten Altbetriebe werden an westdeutsche Unternehmen verkauft (85%), die teilweise gezielt die potenzielle Konkurrenz abbauten oder die Ostbetriebe **zu verlängerten Werkbänken** der westdeutschen Industrie degradierten.¹⁴

Knapp 10% gehen an internationale Investoren und nur 5% an Betriebsleiter aus dem Osten.

Hochinteressant ist die Verkaufsbilanz der THA im Jahr 1994:

Vom Anfangswert der Betriebe (600-620) Mrd. DM blieb nicht nur nichts übrig, die THA machte sogar noch Schulden in Höhe von 220-270 Mrd. DM.¹⁵

Die Verluste lassen sich nur z.T. aus anfänglichen Fehleinschätzungen des Betriebswertes erklären, denn der Realerlös aus allen Betriebsverkäufen betrug laut Bundeszentrale für politische Bildung nur 60 Mrd. DM, denen „Ausgaben“ von ca. 300 Mrd. DM gegenüberstanden.¹⁶ Maßgeblich wurden die Verluste durch eine Reihe von Konstruktionsfehlern, Verstößen und Straftaten, aber auch durch Verpflichtungen aus dem Auftrag verursacht. Dazu gehören:

- Unterhalts- und Personalkosten einschl. Prämien (Verwaltung)
- Altschuldenübernahme
- Sanierungskosten (siehe Jenoptik)

9 Michael Jürgs: Ein Land im Sonderangebot. In: Der Spiegel Nr. 7, 1997. Die Süddeutsche Zeitung erwähnt andererseits 4000 Anklagen und Prozesse mit unterschiedlichem Ausgang:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/ddr-treuhand-anstalt-ausverkauf-der-republik-1.137266-2>

10 de.wikipedia.org/wiki/Treuhandanstalt

11 Rügemer, a.a.O., S. 44

12 Siehe [Deutscher Bundestag Drucksache 12/7001 12. Wahlperiode](#) (PDF-Datei; 294 kB) Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage; ebenso Rügemer, a.a.O., S.44

13 <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40389/treuhandanstalt>

14 Werner Rügemer, a.a.O., S. 43; Olav Teichert: [Die Treuhandanstalt im politischen und wirtschaftlichen Vereinigungsprozeß Deutschlands](#). (PDF; 3,3 MB) Magisterarbeit. Uni-Kassel 2001

15 Die Angaben weichen in verschiedenen Quellen voneinander ab.

16 <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40389/treuhandanstalt>

- Vorschnelle Abschreibungen (Vermögensvernichtungen)
- Großzügige Bürgschaften zur Schnellrettung von Betrieben
- Subventionen und Zuschüsse zum Betriebserhalt (auch nach Verkauf)
- und nicht zuletzt überhöhte Beratungskosten und Prämienzahlungen.

1994 wurde die THA aufgelöst und in die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben umgewandelt. Die bestehenden Schulden verwaltete der sog. Erblastentilgungsfond (!). Wie hoch die Schuldenlast heute noch ist, weist das das BMF nicht klar nach. Noch im Jahr 2009 wird die Summe jedoch mit ca. 80 Mrd. € veranschlagt, die der Bund durch Umschuldung aus den „Büchern“ zu tilgen versuchte.

So viel zu dieser Institution, die für das bisher größte Privatisierungsvorhaben im Weltmaßstab verantwortlich war.

zusammengestellt von Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V. und attac Berlin AG Argumente

Hrsg.:
Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.
Weidenweg 37
10249 Berlin
<http://www.gemeingut.org>